

VERÖFFENTLICHUNGEN DES
VEREINS FÜR
GESCHICHTE DER MARK BRANDENBURG
gegr. 1837



Walter de Gruyter & Co.

*vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.*

Berlin 1967

HUGO RACHEL / PAUL WALLICH

BERLINER GROSSKAUFLEUTE
UND KAPITALISTEN

DRITTER BAND

Übergangszeit zum Hochkapitalismus
1806—1856

*Neu herausgegeben,
ergänzt und bibliographisch
erweitert von*

Johannes Schultze / Henry C. Wallich / Gerd Heinrich



Walter de Gruyter & Co.

*vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.*

Berlin 1967

Die erste Auflage erschien „als Handschrift gedruckt“ Berlin 1939

Vereinsveröffentlichungen Band 34, Neudrucke Band 3

©

Archiv-Nr. 47 79 67/3

Copyright 1967 by Walter de Gruyter & Co. · vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp. · Printed
in Germany · Alle Rechte des Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der An-
fertigung von Mikrofilmen — auch auszugsweise — vorbehalten.

Satz und Druck: Rotaprint AG., Berlin; Werner Hildebrand, Berlin; Thormann & Goetsch, Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT von Hugo Rachel 7

DIE KAUFLEUTE UND DER GELDMARKT BERLINS IN DER FRANZOSENZEIT

Geldliche Maßnahmen 9 · Die großen Bankhäuser und ihre Darlehnsge-
schäfte 10 · Zerrüttung des Geldmarkts 14 · Folgeerscheinungen 18

DIE GRÖßEREN BANKHÄUSER

Gebr. Schickler 20

Levy-Delmar: Firma Salomon Moses Levy (Wwe. u. Erben) 26 · Die
Geschäfte in der Franzosenzeit 30 · Firma Delmar u. Co. und Baron
Delmar 38 · Die allgemeinen Anleihen 1812—15 42 · Abwicklung mit
dem Staat 47 · Ausgang 50 · Wolff Levy 52 · von Halle 53

Gebr. Veit 55 · Anhalt u. Wagener 57

Gebr. Benecke und Wilhelm Christian Benecke: Das Verhältnis beider 60 ·
Darlehnsgeschäfte bis 1815 64 · Geschäfte mit dem Staat nach den
Kriegen 72 · Das Holzverkaufsgeschäft 78 · Trennung und Zusam-
menbruch von Gebr. Benecke 83 · Äußere Betätigung 88 · Gerichts-
verfahren wider Wilhelm Christian Benecke 92

Die Mendelssohns: Die Firma J. u. A. Mendelssohn 98 · Mendelssohn u.
Co. 105 · Mendelssohn-Bartholdy 109

Fränkel, Friebe 112 · Bendix, Bendemann, Bernsdorff 116 · Cohn-Ewald
118 · Magnus 120 · Marpurg u. Schultze 122 · Bleichröder 126

UNTERNEHMER VERSCHIEDENER ART

Die Beer 129 · Gebr. Berend 134 · Güterbock, Berr 143 · Crelinger 145 ·
Coste 149 · Henoch 151

DARLEHNSVERMITTLER, AGENTEN, DISKONTEURE

Abraham Gans 155 · J. N. Liman 159 · Ezechiel 161 · Diskonteure und
andere Geldvermittler 166

FABRIKANTEN 172

Textilfabrikanten 173 · Metallindustrielle 179 · Keramische und Chemische
Industrie 189

PRIVATE KAPITALISTEN 192

Graf Neale, Nicolai, Fürstin Sacken, Humbert, George, Griebenow, Baro-
nin Labes, Henry

CHRISTIAN ROTHER

Laufbahn und erste Anleihen 200 · Bank und Seehandlung 205 · R. und das Staatsschuldenwesen: Prämiengeschäft von 1820 213, Plan einer Nationalbank 216, Konvertierung der Staatsschulden 222, Prämiengeschäft von 1832 225 · Der Berliner Geldmarkt und die Eisenbahnen 227 · Bank und Kassen-Verein 238 · Private Bankpläne und Umwandlung der Staatsbank 250 · Das Jahr 1848 und Rother's Abgang 261 · A. Bloch als Agent und Präsident 267

DAVID HANSEMAN und die Anfänge der Großbanken 273

Die Gründung der Disconto-Gesellschaft 275 · Die Ausweitung zur Kreditbank 282 · Andere Großbanken 285

SONSTIGE BERLINER GEMEINSCHAFTS-
UNTERNEHMUNGEN 289

DIE KORPORATION DER KAUFMANNSCHAFT 289

Beilagen:

1. Auszüge aus den Beitragslisten zu den Anleihen von 1812—15 294 ·
2. Eine Vermögensschätzung von 1814 296 · 3. Tresorschein-Anleihe 297
4. Berliner Kassen-Verein 298

REGISTER 301

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS ZUM
GESAMTWERK von Gerd Heinrich 315

STAMMTAFEL MENDELSSOHN

VORWORT

Der vorliegende Band kann dem im Januar 1938 erschienenen zweiten verhältnismäßig bald folgen, da die Forschungsarbeit für beide gleichzeitig betrieben und auch die Darstellung dieses Bandes größtenteils vor längerer Zeit niedergeschrieben worden war. Die endgültige Fertigstellung ist leider mir allein zugefallen, da mein langjähriger Freund und Mitarbeiter, Dr. Paul Wallich, schon zu deren Beginn durch ein tragisches Geschick dahingerafft wurde. Er hat für diesen Band nur noch die Abschnitte über Levy-Delmar und Anhalt u. Wagener verfassen können. Wie sehr seine stets liebevolle Mitarbeit und sein sachkundiger Rat fehlten, habe ich seither immer wieder schmerzlich empfinden müssen und ich habe nicht ohne Zagen meine Arbeiten an diesem Werk abgeschlossen, da sie nun der überprüfenden und berichtenden Tätigkeit des ausgezeichneten Bankfachmanns entbehren mußten. War seiner Mitarbeit somit ein vorzeitiges Ziel gesetzt, so hat doch seine stete Opferbereitschaft für dieses Werk, an dem er mit ganzer Seele hing, auch über den Tod hinaus vorgesorgt, indem die Mittel für die völlige Herstellung dieses Abschlußbandes in großherzigster Weise bereitgestellt wurden.

Auch für diesen Band sind weitaus vorwiegend Akten des Geheimen Staatsarchivs, daneben solche des Stände- und des Stadtarchivs zu Berlin benutzt. Diesen Stellen sei auch diesmal aufrichtig gedankt. Die dem Geheimen Staatsarchiv entnommenen Angaben sind, wie vorher, nur mit der Aktensignatur bezeichnet.

Berlin, im Juli 1939

Dr. Hugo Rachel

Die Kaufleute und der Geldmarkt Berlins in der Franzosenzeit

Der Zusammenbruch des Staates, den die Niederlage von Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 herbeiführte, brachte auch für das Berliner Wirtschaftsleben einen Umsturz aller Verhältnisse. Mit einem Male fiel der bürokratische Oberbau fort, der bis dahin das wirtschaftliche Leben so fest zusammengehalten hatte. Die staatlichen Behörden flüchteten vor den heranrückenden Franzosen nach Ostpreußen und zugleich wurden die großen Geldinstitute, Bank und Seehandlung, dahin in Sicherheit gebracht. Ihre Fonds wurden fortan für die Kosten des Krieges verwendet. Damit wurde das Wirtschaftsleben seiner bis dahin kräftigsten Stützen beraubt, mit dem 20. Oktober wurden alle Funktionen und Zahlungen beider eingestellt. Es wurden nur die schon eingeleiteten Wechselsachen durch den hier zurückgebliebenen Bankdirektor Hundt abgewickelt, wobei das korrekte Verhalten der Berliner Kaufmannschaft rühmend erwähnt wird. Dagegen hörten alle Diskontgeschäfte auf; der Umlauf des baren Geldes stockte alsbald, Handel und Verkehr wurden längere Zeit lahmgelegt. Andererseits wurden unerhörte Abgaben erzwungen und alle Bevölkerungsklassen bis aufs äußerste ausgepreßt.

In dieser schweren Zeit erwies es sich wenigstens als ein Segen für die Handelswelt, daß sie in der neuen Börsenkorporation etwas wie eine gemeinsame Organisation besaß und in den Börsenvorstehern Vertreter, die namens der Kaufmannschaft verhandeln konnten. Um die zu gewärtigenden außerordentlichen Dinge zu erledigen und die Verhandlungen mit der Besatzungsmacht zu führen, wurde am 19. Oktober ein geschäftsführender Ausschuß gewählt, bestehend aus den Ältesten Joh. Paul Humbert von der Tuchhandlung, Pierre Jean le Comte von der Materialhandlung, dem Bankier Heinr. Friedr. Fetschow und dem Gildesekretär Joh. Georg Brock. Dazu wurden für gemeinsame Geld- und Vorschußangelegenheiten

als Deputierte der Judenschaft die Bankiers Moses Sal. Levy, Michael Wolff und Sal. Nathan hinzugezogen. Diese Deputation, als Kriegsorganisation gedacht, hatte im Börsenhaus ihren Sitz; sie wurde erst nach den Freiheitskriegen aufgelöst.

Nach dem Einrücken der Franzosen (23. Oktober) überstiegen die Anforderungen jedes Maß. Das für die Abwicklung der Geschäfte mit den Besatzungstruppen eingesetzte städtische „Comité administratif“, in dem übrigens kein Bankier vertreten war, bekundete 9. Nov.¹, es seien schon die härtesten Maßregeln ergriffen worden, um von den reichsten Bankiers Gelder zu erhalten, allein die hierdurch erlangte Summe sei noch immer nicht hinreichend, um die Stadt vor größter Gefahr zu behüten. Es sollten daher alle Einwohner alles, was sie irgendwie an barem Geld, Tresorscheinen oder Pfandbriefen usw. entbehren könnten, anzeigen und zum Rathaus abliefern, dagegen aber städtische Schuldverschreibungen zu 5% mit vollkommener Sicherheit in Empfang nehmen. Es wurde dabei auf das patriotische Beispiel, das die Gebr. Schickler gegeben, hingewiesen, andererseits aber wurden die nachdrücklichsten Maßnahmen gegen solche, die ihre Gelder bei der allgemeinen Not zurückhielten, angekündigt. Gleich danach (12. Nov.) wurde eine erste Zwangskontribution von 400 000 Tl. auf die Einwohner umgelegt, die bei den Bankiers Gebr. Schickler, Sal. Moses Levy Erben u. Ruben Samuel Gumpertz einbezahlt werden sollten; ein bei jedem dieser Bankiers bestellter Controlleur sollte mitquittieren². Die Kaufmannschaft hatte außerdem ihren Anteil an der endgültigen, im März 1807 auf 1 200 400 Tl. festgesetzten französischen Kontribution mit 211 000 Tl. zu begleichen.

Um den einzelnen ihre Kontributionsleistungen ohne zu große geschäftliche Beeinträchtigung zu ermöglichen, haben die Kaufleute ihre schon 1805 angedeutete Absicht, eine eigene Diskonto-Anstalt zu schaffen, in bescheidenem Maße ausgeführt und Ende 1806 ein „Privat-Disconto“ oder „Contributions-Lombard“ auf Aktien errichtet³. An Beiträgen dafür werden genannt: von Gebr. Schickler 30 000, M. S. Levy 10 000, Wolff Levy 2500, Gebr. Bendemann 6100, Börger 3000, Merck u. Neubronner

¹ *Lenz-Unholtz, Gebr. Schickler, S. 237*

² (*v. Bassewitz*) *Kurmark 1806—08, II., S. 241*

³ *Rep. 74 N XVII 3 I*

3000, Mechow u. Pietsch 2500, Gebr. Jordan 2300 Tl. Das Bureau war im Gumpert'schen Hause, Burgstr. 25, die Direktion bestand aus Bendemann sen., Börger, Jordan. Förmliche Statuten wurden erst 27. Nov. 1807 beschlossen und erhielten die kgl. Genehmigung aus Memel unterm 16. Dez. 1807; die Aktien sind 1. Jan. 1808 gezeichnet. Die Zinsen, 5%, sollten halbjährlich gezahlt werden, außerdem jährlich eine Dividende von 3—5%, nach Höhe der Beteiligung gestaffelt. Die Stadt hat die Garantie übernommen, aber in ihrer drängenden Finanznot, als eben eingezahlt und erst wenig ausgeliehen war, den vorhandenen Fonds von 220 400 Tl. „mit Anwendung executivischer Mittel“ an sich genommen und größtenteils für die nach Paris zu zahlende Kontribution der 1 Mill. Tl. verwendet. Die Stadt mußte nun als Schuldnerin der Aktionäre auch die für das Ausleihen festgesetzten 5% Zinsen und $\frac{1}{2}\%$ monatl. Provision, also 11% im Jahr entrichten, aber sie war dazu bald nicht mehr imstande und blieb bis Juli 1811 mit 36 129 Tl. rückständig. Die Kapitalschuld ging in dieser Zeit auf 211 375 zurück. Auf Drängen der Aktionäre und Gesuche der Direktoren übernahm der Staat wie bei anderen öffentlichen Kriegsschulden 1811 die Regelung und die Zahlung der laufenden Zinsen, die allerdings einschließlich Dividenden auf 6% herabgesetzt wurden. Doch blieb auch der Staat mit den Zahlungen im Rückstand, und im Sommer 1812 gab es wieder einen Ansturm der Aktionäre wegen der ausbleibenden Zahlungen.

Die Stadt hat auch auf ihre im Kriege ausgegebenen Obligationen seit Mitte 1808 keine Zinsen mehr gezahlt. Sie wurde deshalb von einigen Gläubigern verklagt und vom Kammergericht verurteilt, das Aug. 1810 die Kämmerer-Einkünfte in Beschlag zu nehmen begann.

Um den durch die Anforderungen der Franzosen plötzlich notwendig werdenden gewaltigen Geldbedarf zu beschaffen, mußte der Kredit in einem bis dahin noch nicht erlebten Maße in Anspruch genommen werden. Diese Aufgabe fiel, da die beiden großen staatlichen Geldinstitute vor dem Feinde geflüchtet waren, den Privatbankiers zu. Sehr bald stellte es sich heraus, daß von den Berliner Häusern nur 4: Gebr. Schickler, Gebr. Benecke, Sal. Moses Levy Erben (seit 1810

Delmar u. Co.) u. Liepmann Meyer Wulff über einen so umfassenden Kredit im In- und Auslande verfügten, daß sie damit erfolgreich helfen konnten. Bei der Höhe der geforderten Summen waren jedoch auch die genannten Firmen einzeln nicht imstande, sie aufzubringen, und so wurde es denn üblich, daß ein Konsortium der 4 oder auch der 3 erstgenannten — denn L. M. Wulff ging gern eigene Wege — die Stelle des fehlenden zentralen Bankinstituts einnahm. Es war eine an Mühen und Aufregungen reiche und an Nutzen und Dank arme Tätigkeit, die sie damit übernahmen, aber es gelang doch, wenn auch schwerfällig und ächzend, die drückenden Finanzaufgaben zu lösen. So kam es, daß die Berliner Bankhäuser mit der Stadt Berlin und den kur- und neumärkischen Ständen, auf denen während der Franzosenherrschaft die Last ruhte, in ausgiebige finanzielle Beziehungen trat, desgleichen später mit dem Staate.

Diese Bankiers sind einzeln schon im Herbst 1806 für die geflüchtete Regierung eingesprungen, so mit Darlehen an die kgl. Porzellan-Manufaktur, das Hofmarschallamt, später auch die Hofapotheke, die Militär-Bildungsanstalten. Solidarisch traten sie zuerst im Mai 1807 auf, indem sie dem Direktor des kgl. Nationaltheaters, Iffland, zur Aufrechterhaltung des Theaterbetriebs 5500 und nach Jahresfrist nochmals 3700 Tl. gegen Verpfändung von Seehandlungs-Obligationen vorschossen: die Zinsen, 5 %, waren zu 1. Juli 1811 mit 1473 Tl. rückständig¹. Auf die größeren, sehr verwickelten Anleihegeschäfte jener Zeit wird in der Darstellung der einzelnen Häuser eingegangen werden, namentlich in der über S. M. Levy Erben; auch auf die Ausführungen des gleichen Verfassers in Band II, S. 419—425, betr. L. M. Wulff sei hingewiesen.

Die größeren Bankiers waren bei den ungeheueren und so dringend auftretenden Kapitalerfordernissen und der Kreditlosigkeit der Regierung oft der einzige Rettungsanker und gewannen dadurch auch an Einfluß in den allgemeinen Finanzfragen. Wenigstens glaubte Hardenberg in einem Brief an Altenstein vom 14. März 1809² vor ihnen warnen zu müssen:

¹ *Rep.* 151 a III 3,19

² K. Grabower, *Preußens Steuern vor u. nach den Befreiungskriegen* (1932), S. 302

nur sehr wenige verbänden staatswirtschaftliche Kenntnisse mit kaufmännischen und nur wenige unter anderen sonst klugen Köpfen seien empfänglich für Finanzgegenstände. Er hält sie für der allgemeinen Stimmung unterworfen und interessiert und spricht dabei von „Wuchergeist, der von allen diesen Umständen allein Vorteil zieht, während andere empfindlich leiden“. Die Bankiers, sagt Beguelin 5. Dez. 1809, sind vielleicht die einzigen, die während des Krieges stark verdient haben¹. Allerdings waren die leistungsfähigeren Bankhäuser auch in einer kaum erträglichen Weise angespannt, da sie für ihre den öffentlichen Körperschaften gemachten bedeutenden Vorschüsse so saumselig befriedigt wurden, daß sie in der Möglichkeit, zu berechnen und zu verfügen, dauernd aufs äußerste eingengt waren und dadurch wohl auch Schaden litten. Dafür ergab sich jedoch die Aussicht auf künftigen großen Gewinn. Denn es war, wie ein gründlicher Kenner, der Gildesekretär Gründler 25. Nov. 1810 ausführte, der größte Teil der zirkulierenden Staatspapiere nach und nach in die Hände von 4 bis 5 bedeutenden Handlungshäusern gelangt, die damit rechneten, daß der Staat sie früher oder später zum Nominalwert werde einlösen müssen, und sie dann Millionengewinne machen würden. Dieser Wucher sei eine Hauptursache des vielbeklagten Mangels an Umlaufsmitteln².

Die staatlichen Geldinstitute, Bank und Seehandlung, kehrten erst zu Ende 1809 von Königsberg nach Berlin zurück, aber sie konnten bei ihrem vom Kriege her zerrütteten Zustand für das hiesige Wirtschaftsleben zunächst wenig bedeuten. Die Seehandlung wirkte immerhin als Bankhaus des Staates bei der Abwicklung der Kontributionszahlungen an Frankreich mit. Sie mußte sich dazu der Hilfe auswärtiger Handlungshäuser bedienen und durch diese die erforderlichen Anschaffungen auf Paris, wozu sie durch Rimessen von hier aus in Stand gesetzt wurden, besorgen lassen. Dabei hat sie an dem Pariser Bankhause Tourton, Ravel et Co. 176 396 und an dem Leipziger Hause Gottlieb Schmager u. Co. über 150 000 Tl. verloren (1810/11)³.

¹ *Rep.* 151 q A 48,1

² *Rep.* 151 a XXI 3 a

³ *Rep.* 74 N XXXII 3; *Rep.* 151 h III 1, Nr. 16

Die Katastrophe von 1806 hatte für den Geldmarkt die außerordentlichsten Folgen. Ein sehr großer Teil des Nationalvermögens war in Obligationen der Bank und der Seehandlung, auch der Nutz- und Brennholz-Administration, des Bergwerks- und Salzdepartements, sowie in landschaftlichen Pfandbriefen angelegt. Für alle diese wurden seit dem Zusammenbruch weder Zinsen gezahlt, noch war es möglich sie einzulösen. Daher waren sehr viele Inhaber genötigt, sie um jeden Preis zu verkaufen, und die Kurse fielen jählings¹. Sie wären ins Bodenlose gesunken, wenn nicht viele Bankiers und Kaufleute der Bank und der Seehandlung bedeutende Summen schuldig gewesen wären und diese mittelst deren eigenen Papiere am günstigsten, d. h. zum Nennwert, berichtet hätten, so daß die Obligationen immer noch kräftig gekauft wurden. Dazu kamen aber die von den ständischen und städtischen Comités für die Kontributionsleistungen neu herangebrachten Obligationen. Während so die Masse unterwertiger Papiere übermäßig answoll, herrschte drückendster Mangel an Umlaufsmitteln und namentlich an barem Geld.

Der Geld- und Kapitalmangel trieb den Zinsfuß hoch. Die gesetzlichen Beschränkungen gemäß dem Edikt von 1787 (Bd. II, S. 511) waren nicht aufrecht zu erhalten, es gab keinen strafbaren Wucher mehr. Die Höhe der Zinsen war in dieser Zeit unbeschränkter Zinsnahme außerordentlich verschieden; sie bewegte sich bei den Darlehen an die Landschaften und die Stadt, also unter ganz gleichartigen und einigermaßen gesicherten Verhältnissen, zwischen 8 und 21 %, am häufigsten waren 12, 15 und 18 %. Der gesetzliche Zinsfuß wurde erst von 1. Jan. 1811 an wieder eingeführt.

Eine gründliche Untersuchung über die Geldverhältnisse der Zeit wurde von Leopold Krug unterm 3. April 1810 dem Finanzminister vorgelegt¹. Er behandelt die sehr häufigen Klagen über Geldmangel und die Schwierigkeit, Kapitalien zu negotiieren, und will vor allem die Ursachen untersuchen, warum hier 10—20 % Zinsen bei größter Sicherheit gegeben und genommen, ja sogar vergeblich angeboten würden, während anderseits in Hamburg der Zins auf 3 % stehe, der Wechsel-

¹ *Manuskript einer zum Druck bestimmten Abhandlung. Rep. 151 a XXI 3 a III*

diskont auf sichere Häuser sich dauernd auf $6\frac{1}{2}\%$ bis $7\frac{1}{2}\%$ halte, und einige Pfandbriefe preußischer Provinzen, die nur 4% trugen, mit 80% und mehr hier bezahlt und sogar gesucht würden. Krug stellt fest, 1. daß die hiesigen bedeutenden Handelshäuser noch immer Depositen von Privatpersonen erhielten, für die sie bis höchstens 6% gäben; 2. daß der Zins bei Anlegung von Kapitalien auf den vereinigten persönlichen Kredit oder der Wechseldiskont der ersten Häuser sich seit beinahe 1 Jahr um $6\frac{1}{2}\%$ und $7\frac{1}{2}\%$ bewege. Bei der großen Sicherheit, die diese Anlagen boten, werde eben reiner Zins ohne einen Assekuranzaufschlag gefordert. Der reine Zins sei also jetzt 5 bis 7%, nur 1% höher als vor dem Kriege. Wenn dagegen für Darlehen auf 3 bis 6 Monate und bei einem Unterpfand vom 3fachen Nominalwert in Obligationen (Kur- und Neumark, Seehdlg. u. a.) 10 bis 20% üblich sei, so liege das daran, daß hier sämtliche Unsicherheitsfaktoren einkalkuliert werden müßten. Der Kurs mehrerer dieser Obligationen hatte schon unter $33\frac{1}{3}\%$ gestanden, so daß völlige Deckung nicht gewährleistet war; auch durfte der Gläubiger nach den Landesgesetzen und den Reskripten von 12. Aug. u. 4. Dez. 1809 sich nicht unmittelbar durch den Verkauf des Unterpfandes bezahlt machen, sondern nur auf gerichtliche Erkenntnis hin. Das mußte von solchen Geschäften abschrecken, zumal da auch das für viele so wichtige Erfordernis der Geheimhaltung dabei nicht erfüllt wurde, der Gläubiger noch steuerliche Nachteile und den Vorwurf des Wuchers gewärtigen mußte. K. berechnet das Äquivalent für diese Nachteile auf $9\frac{2}{3}\%$, so daß bei einem reinen Zinsfuß von rund 6% für diese Darlehen 15 bis 16% gerechtfertigt seien und die Ursachen der Zinssteigerung nicht in Willkür, Wucher und Schwindel beständen.

Die Kurse der öffentlichen Effekten waren je nach den politischen Aussichten erheblichen Schwankungen unterworfen, und dies rief eine vordem nicht gekannte Spekulation hervor. Das Zeitgeschäft kam damals in Berlin und überhaupt in Deutschland zuerst auf¹. Die Bankiers, die ganze Anleihen zu

¹ Neidlinger, *Gesch. der deutschen Effektenspekulation* (1930), S. 65; *Über die starken Kursschwankungen*, ebda S. 41 f; Lenz-Unholtz S. 267 f; Spangenthal, *Berl. Börse*, S. 22, 27; Brockhage, *Kapitalexport*, S. 47. Ugl. auch G. Buß, *Berliner Börse*, S. 89, 93, 104 f

festem Kurs negotiierten, tätigten den Weiterverkauf an ihre Geschäftsfreunde hauptsächlich in der Form des „fixen“ Zeitgeschäfts. Desgleichen verkauften die Armeelieferanten die ihnen an Zahlungsstatt hingegebenen Papiere, um das Risiko abzuwälzen, nach ihren Kontrakten im voraus auf Lieferung weiter. In Berlin wurden Zeitgeschäfte hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß häufig Gelegenheit war, die sehr tiefstehenden öffentlichen Papiere zum vollen Nominalwert anzubringen, z. B. die Bank- und Seehandlungs-Obligationen bei Zahlungen an die Bank und an öffentliche Kassen. Schon 1808 wird bemerkt, daß die preuß. öffentlichen Papiere einem merkwürdigen Spiel, eben dem Differenz-, Lieferungs- oder Zeitgeschäft, unterworfen waren.

Eine Menge von Spekulanten oder „Agoteurs“ ohne zureichendes Vermögen kauften und verkauften Staatspapiere auf Lieferung oder Abnehmung; sie verkauften, was sie nicht hatten und kauften, was sie nur dann bezahlen konnten, wenn sie zur Zeit der Abnahme einen höheren Preis erhalten konnten. Wenn aber die Kurse bis zum Termin der Abnahme fielen, so konnten die Spekulanten die gekauften Papiere nicht bezahlen und damit auf bessere Kurse warten, sondern mußten sie um jeden Preis losschlagen, was dann, wenn die Abnahmetermine mehrerer Jobber zusammenfielen, neues Sinken veranlaßte. So trug diese „Stock-Jobberei“ sehr viel zum weiteren Fallen der öffentlichen Fonds bei¹. Einen Höhepunkt erreichte das schwindelhafte Börsengeschäft im Februar 1809, als es hieß, es werde ein Edikt erscheinen, wonach die im Frühjahr 1806 als erstes preußisches Papiergeld ausgegebenen Tresorscheine wieder in den Kassen angenommen werden sollten, und ein beträchtliches Steigen dieser Papiere erwartet wurde. Eine wilde Spekulation setzte alsbald ein, nicht nur von Kaufleuten, sondern auch „einer Menge unberufener Persönlichkeiten ohne Vermögen, von Kaufmannsdienern und Judenburschen“, die Geschäfte auf Lieferung abschlossen. Als aber bei Publikation der Verordnung bekannt wurde, daß durchschnittlich höchstens 10 % in Tresorscheinen bei den öffentlichen Abgaben angebracht werden konnten, fiel der Kurs sofort und die Käufer eilten, sich davon loszumachen.

¹ *Memorial des Seehandlungs-Direktors L'Abbaye v. 13. Dez. 1808. Rep. 109 A XVIII 1*

Große Verluste traten ein, viele Spekulanten erklärten sich insolvent oder entflohen, die übrigen hatten eine so fühlbare Lektion erhalten, daß die schwindelhafte Spekulation an der Berliner Börse für längere Zeit größtenteils aufhörte¹.

Etwas später trat die noch in Königsberg befindliche Regierung Altenstein-Dohna mit dem Plan hervor, den Handel mit Staatspapieren auf Lieferung oder auf Zeit zu verbieten oder ihn indirekt dadurch zu unterbinden, daß den Mäklern verboten werde, an solchen Geschäften ferner teilzunehmen. Die Leiter der Seehandlung und der Bank in Berlin (L'Abbaye, Niebuhr) widerrieten 21. Jan. 1810 dringend, ein solches Verbot sei nicht nur zwecklos, sondern entschieden schädlich. Denn es gebe auch eine rechtliche Art des Lieferungsgeschäfts, die zur Hebung des Kurses von Staatspapieren auch seitens der staatlichen Kassen angewandt werden solle und bei guter Leitung sehr nützlich sein könne. Übrigens beeinflusse die politische Lage und der Grad des Vertrauens zu den öffentlichen Verhältnissen den Kursstand mehr als die Manöver der Spekulanten, wie denn nach dem Friedensschluß von 1809 alle Papiere gestiegen seien. Beide Finanzleute reichten dagegen einen Vorschlag ein, wodurch die noch herrschende Baisse- und Haussespekulation unterbunden und eine reelle Erfüllung der Geschäfte gewährleistet würde².

Das beanstandete, vom Großkanzler Beyme entworfene und vom Minister des Inneren (Dohna) gebilligte Edikt über den Handel mit Staatspapieren auf Zeit ist offenbar nicht erschienen. Denn etwas später, unter dem Ministerium Hardenberg, ließ die Staatsschulden-Section (Staegemann) selbst, um den Kurs der Staatspapiere zu stützen, Obligationen auf Lieferung kaufen³.

Die unglaublich verworrenen Zustände begannen sich erst zu bessern, als die Regierung Hardenberg in ihrem neuen Finanzplan vom 27. Okt. 1810 es endlich grundsätzlich als Verpflichtung des Staates anerkannte, den kommunalen Körperschaften zur Abtragung ihrer aus Anlaß der Kriegszahlungen aufgenommenen Schulden durch zinsfreie Vorschüsse zu helfen. Demnach wurden diese Schulden seit Ende 1810 getilgt, aller-

¹ *L'Abbaye*, 25. Okt. 1809

² *Rep.* 109 A XVIII 1

³ 20. Jan. 1811, *Ebda.*

dings sehr langsam, teilweise durch Anrechnung auf Steuern und namentlich Kontingentalgefälle.

Die Kriegs- und Notzeit hat natürlich alle Besitz- und Erwerbsverhältnisse grundstürzend verändert. Das Elend bei den breiten Massen und im Mittelstand war furchtbar, viele Tausende waren brotlos geworden, aber auch die in öffentlichen Diensten Stehenden konnten vielfach nicht besoldet werden; die meisten Fabrikanten waren verarmt, und selbst Kapitalisten ging es nicht besser, da Zinsen von Hypotheken und Staatspapieren nicht gezahlt wurden, Mieten größtenteils ausblieben. Die Bankiers allein hatten noch bares Geld, und das war stark begehrt und brachte hohe Zinsen. Allerdings waren auch sie durch beträchtliche Vorschüsse, die sie den öffentlichen Körperschaften gemacht, und unerfüllt gebliebene Verpflichtungen oft in Bedrängnis. Auch von ihnen sind manche verarmt oder zusammengebrochen. Andererseits hat die Konjunktur neue Geschäfte entstehen lassen. Die Zahl der Berliner Bankiers wird für die Jahre 1807 und 1812 ziemlich gleich hoch, mit je etwa 50, angegeben. Stark zugenommen haben aber die kleinen Wechselhandlungen; ein Wechselr Leitner gibt April 1812 an, bei seiner Niederlassung, 1798, seien es 6 bis 7 gewesen, jetzt seien es 70.

Die Zahl der Wechselmakler wurde 1810/11 von 6 auf 14 vermehrt, die der Warenmakler von 12 auf 17. In einer Vorstellung vom 21. Dez. 1808 hatten 59 Bankiers und Kaufleute gewünscht, daß wegen der jetzt vielfältigen Geschäfte in Staatspapieren und der damit verbundenen fast stündlichen Kurs-Variations noch ein Fondsmakler bestellt werde, damit die veränderlichen Kurse desto schneller zu ihrer Wissenschaft gelangten. Dagegen bescheinigten 28. April 1809 150 Bankiers und Kaufleute¹ nebst den Direktoren der Bank und der Seehandlung auf Ansuchen der 6 vereideten Wechsel-Courtiers, daß deren Zahl bei gegenwärtiger Zeit, da die Wechselgeschäfte darniederlägen und der Handel mit Fonds nur sehr unbedeutend sei, genüge, zumal da jene 6 die Geschäfte zu einer Zeit blühenden Handels bestritten hätten.

¹ Darunter merkwürdigerweise viele der obigen 59, die sich vorher ganz anders geäußert hatten. Stadt-Archiv, Maklersachen, 81

Im ganzen hat Berlin als Bank- und Börsenplatz außerordentlich gewonnen, da in Zeiten so ungewöhnlicher und rasch wechselnder Konjunkturen viele Geschäfte nur an der Zentrale gemacht werden konnten. Noch gegen 1800 wurde der Breslauer Wechselkurs auswärts mehr notiert als der Berliner, und übertraf das Verkehrsleben in Breslau das Berliner; noch im Nov. 1807 wurde der Breslauer Kaufmannschaft eine höhere Quote an den Wechselvorschüssen für die französische Kriegskontribution auferlegt als der Berliner¹. Das war allerdings eine sehr irrige Schätzung, aber es ist doch bezeichnend, wie bei nicht genauer Sachkunde die Verhältnisse damals noch beurteilt wurden. Gewiß zutreffender schreibt Eichborn Febr. 1808: Wir sind hier mit Berlin nicht in Vergleich zu bringen, einige dortige Reiche — genannt werden L. M. Wulff u. merkwürdigerweise R. S. Gumpert — könnten allein mehr prestieren als ganz Schlesien. Derselbe hebt in einem Schreiben vom 25. Mai 1812 noch nachdrücklicher die Überlegenheit der Börse und der Bankhäuser Berlins gegenüber den nun wohl stark zurückgebliebenen Breslauer Verhältnissen hervor. Offensichtlich hat sich gerade in jenen Jahren das Schwergewicht nach Berlin verlegt.

¹ Nach Eichborn, *Soll u. Haben* (1928), S. 28, 64 f, 147 f, 225 f

Die größeren Bankhäuser

Gebr. Schickler

Dieses Haus, schon damals das älteste unter den Berliner Bankgeschäften und Großhandlungen¹, blieb auch in diesem Zeitraum führend, was den Umfang und die Vielseitigkeit der Geschäfte angeht, an Kapitalkraft im Anfang höchstens durch L. M. Wulff übertroffen. In der Notzeit Preußens hat es, unter der Leitung von Joh. Jakob Brüstlein (bis 1820), dieser Stellung durchaus Rechnung getragen und es nie an sich fehlen lassen, wenn es auf eine Hilfe für den Staat und die öffentlichen Körperschaften ankam. Das wurde auch 1813 ausdrücklich anerkannt². Dabei sprach allerdings mit, daß dieses Haus vor allen andern dem Staat zu Dank verpflichtet und mit ihm verbunden war. Es erscheint daher bei den zahlreichen Anleihen für Staat, Stadt und Stände immer an der Spitze beteiligt, größtenteils in Gemeinschaft mit Gebr. Benecke und Levy-Delmar, teilweise auch L. M. Wulff, wie das hier anderwärts näher ausgeführt ist. Über seine weiteren derartigen Leistungen kann noch Folgendes angegeben werden³. Am 19. Okt. 1806 überließ es von seinem vorrätigen Bargeld 50 000 Tl. dem Magistrat und tat dann freiwillig wohl noch mehr, denn sein patriotisches Verhalten wurde 9. Nov. andern als Beispiel hingestellt. Als die Stadt im August 1807 noch 700 000 Tl. rückständiger Kontribution aufzubringen hatte, was in Wechseln der Bankiers geschehen sollte, erklärten sich Gebr. Schickler freiwillig zur Übernahme von $\frac{1}{10}$ bereit; das Übrige mußte auf 48 andere Häuser zum Teil zwangsweise umgelegt werden. Der Kurmark schoß das Haus neben den anderwärts erwähnten bedeutenden Konsortialdarlehen noch weitere hohe Beträge vor. Schon im April 1807 gab es 200 000 Tl. auf 3 Monate her, als es galt, den Verkauf von 300 000 Tl. Seehandlungs-Obligationen zu dem

¹ *Ugl. Bd. II, S. 209—225*

² *Rep. 151 h III 1,21, vol. IX*

³ *Lenz-Unholtz, Gebr. Schickler, S. 236 ff*

damals tiefsten Kursstand für die französischen Forderungen zu verhindern. S. M. Levy Erben wollten das Geld nur gegen 3% Monatszinsen geben, Gebr. Schickler begnügten sich mit 2%. Dennoch geißelte das Beyme unter bitteren Ausfällen gegen die Undankbarkeit des Hauses als geradezu jüdischen Wucher; nach ihm hatte sich nur der wirkliche Jude L. M. Wulff als redlicher Mann erwiesen¹. Aber wenn selbst nach dem Frieden bis zu 21% Jahreszinsen ausbedungen und gezahlt wurden, wird man 24% während des Krieges nicht als so unangemessen empfinden.

Die Stadt Berlin benötigte, nachdem kaum die sogenannte Hamburger Anleihe durch jene 4 Hauptbankiers zustande gekommen war, im Frühjahr 1808 dringend weiteres Geld. Das städtische Comité wandte sich deshalb zunächst an L. M. Wulff, doch wollte dieser nur mit Gebr. Schickler und anderen angesehenen Häusern sich darauf einlassen. Gebr. Schickler aber lehnten 28. April rundweg die nochmalige Ausstellung von Wechseln als eine den Kredit zerstörende Maßnahme ab, nachdem sie der Stadt vorher gegen eigene Überzeugung ein solches Opfer gebracht hätten². Die Anleihe kam darauf nicht zustande.

Dagegen vermittelten Gebr. Schickler 21. Nov. 1808 eine städtische Anleihe von 200 000 Tl., die dadurch verlockend war, daß die Einzahlungen halb in Tresorscheinen angenommen wurden, die Rückzahlung nebst 5% Zinsen aber nach Jahresfrist ganz in klingend Courant erfolgen sollte, und verzichteten für ihre Dienste dabei freiwillig auf Provision. Diese Anleihe wurde sogar um etwa 108 000 Tl. überzeichnet und entsprechend erweitert; der Kurs der Tresorscheine, der im Sommer bis auf 27% gefallen war, stieg dadurch auf 73—74%³. In einer Übersicht Staegemanns vom 8. Nov. 1811⁴ worin die Pfandschulden Berlins mit 1 297 615³/₄ Tl. angegeben sind, ist die Schicklersche Anleihe mit 338 459 Tl. verzeichnet, darauf waren 40 000 zurückgezahlt, das übrige wurde erst nach den Freiheitskriegen getilgt.

Bei den gehäuften Anforderungen von 1812 und 1813 kam es jedoch zu Auseinandersetzungen, zumal da die älteren Vor-

¹ FBPG. 24, S. 380 f; vgl. *Bassewitz II*, S. 54, 68, 237 A 3

² *Lenz-Unholtz*, S. 240 f.

³ *Ebda.*, S. 241 f; *Krug, Staatsschulden*, S. 56, 80 ff. Vgl. *Bassewitz II*, 262 f

⁴ *Rep.* 74 N XV 22

schüsse noch längst nicht berichtet waren; ja, Gebr. Schickler beschwerten sich 24. Juli 1812, daß sie dabei gegen die Teilhaber Benecke u. Delmar weit benachteiligt seien.¹ Das kam allerdings daher, daß sie sich nicht, wie jene, auf eine von Staegemann vorgeschlagene Regelung mittelst weiterer Vorschüsse hatten einlassen wollen. Bei den allgemeinen Anleihen im März 1812 wurden 40 000, im Juli 25 000 Tl. von ihnen verlangt; dazu kam das gemeinsame Salzgeschäft im Mai. Das wurde zwar zunächst durch Wechsel und Prolongationen erledigt; aber im Dezember, als die mitbeteiligten Häuser nicht weiter prolongieren wollten, mußten Gebr. Schickler 33 333¹/₃ Tl. bar vorschießen. Sie bezeichneten das als zu hart, da sie viele solcher Kapitalien noch entbehren mußten, erlangten aber erst im Mai bis Nov. 1813 Rückzahlung. Bei der Anleihe vom Februar 1813 wurden wieder 40 000 Tl. verlangt, wieder der höchste Beitrag nächst dem von L. M. Wulff (80 000 Tl.). Sie wollten nun aber wenigstens für den größeren Teil ihrer ausstehenden hohen Forderungen befriedigt werden, ehe sie ihr Accept wieder zur Verfügung stellten. Angewiesen, mit nachahmenswerthem Beispiel voranzugehen, fügten sie sich; ja, der Disponent Brüstlein mußte auch noch 5000 Tl. auf sich nehmen. Bei der Zwangsanleihe von August 1813 standen Gebr. Schickler neben dem Wulffschen Nachlaß an der Spitze mit je 20 000 Tl. Sie zahlten mit der Bedingung, daß keine weiteren Anforderungen an sie gemacht würden. Als trotzdem 4000 Tl. nachgefordert wurden, baten sie 20. Aug. nicht nur, darauf zu verzichten, sondern auch für jene 20 000 Tl. ihnen die Sicherheiten zu geben, die sie von der Gerechtigkeit des Staates erwarten dürften, damit die ihnen anvertrauten Depositen nicht gefährdet würden². Ihr Ersuchen wurde unter Anerkennung ihres sonstigen patriotischen Verhaltens abgelehnt; für Herrn Brüstlein, der auf 2000 Tl. veranlagt war, wurden 1250 gezahlt.

Gebr. Schickler brachten bei dieser Gelegenheit ihre rückständigen Forderungen an den Staat vor, die höher seien als die jedes anderen Hauses. Es waren folgende: von der Kurmark 61 520 — Juli 1812 waren nur 37 875 Tl. angegeben —, von der Stadt Berlin 18 554, für den Kontributions-Lombard

¹ *Rep. 151 e N S. 5*

² *Rep. 151 h III 1,21, vol. IX*

30 000 Tl.; dazu waren von der Februar-Anleihe 1812 noch 20 000, von der Salzanleihe 20 700 Tl. rückständig. Für Gewehrlieferungen standen 119 035 Tl. aus; im Juli 1812 waren es 36 192, im Februar 1813 103 104 Tl. Dazu kam eine Forderung von noch 71 405 — im Febr. an 90 000 — Tl. für große Posten Weizen und Roggen, die im Mai 1812 im Herzogtum Warschau requiriert worden waren. Im ganzen belief sich das auf 341 214 Tl.

Die Frage, wie die gewaltigen Erschütterungen der Napoleonischen Zeit sich im einzelnen ausgewirkt haben, läßt sich für das Haus Schickler, und nur für dieses, dank dessen vorzüglich bewahrter Überlieferung beantworten. Die Bilanz, die seit 1800 rasch steigend die zweite, 1803 die dritte, 1804 die vierte Million überschritten hatte, stieg seit 1807 weiter an, wenn auch langsam, bis nahe von 5 Mill. Tl., fiel 1812 auf wenig über 3 Mill., schnellte 1813 auf beinahe 6 Mill. herauf, hielt sich dann aber bis 1821 auf 3,2—3,5 Mill. Tl. Die Erträge weisen ungewöhnliche Schwankungen auf, 1807—10 wurden höhere Gewinne erzielt als je zuvor, das Jahr 1803 ausgenommen, zusammen 620 000 Tl., doch mußten davon 150 000 auf dubiose Debitoren abgeschrieben werden; 1811—1812 aber werden Verluste in der erstaunlichen Höhe von 1 382 000 Tl. gebucht, das ist etwas mehr als alle Gewinne von 1806—1817 betrugen (1 343 000). Die Jahre 1818 und 1819 brachten wieder 575 000, 1820—1821 nur 42 000 Tl. Gewinn¹. Bemerkenswert sind die Kursgewinne², die an Staatsschuld- und Tresorscheinen, mehr noch an städtischen und landschaftlichen Obligationen (+ 200 000) und an Pfandbriefen (+ 160 000) seit 1813 gemacht wurden. Nicht viel geringer war anderseits der Zinsenverlust, der 1807—21 insgesamt 350 000 Tl. betrug³. Die riesige geldliche Anspannung jener Zeit lassen die Summen des Cassa-Contos erkennen, die 1808 von 822 000 auf 6 361 000 und 1809 gar auf 9 260 000 Tl. emporschnellten, sich auch 1810—1811 auf über 7 Mill. und bis 1818 auf über 5 Mill. (nur 1813 nicht ganz 4 Mill.) Tl. hielten. Das Kapital-Conto, das 1804 die 2te Mill.

¹ *Lenz-Unholtz*, S. 234, 298 ff.

² *Ebda.*, S. 266, 271, 273

³ *Ebda.*, S. 298

überschritten hatte, hielt sich 1808—1811 auf über 2 $\frac{1}{2}$ Mill., sank dann jäh auf 1,4, ja 1813 auf unter 1 Mill., blieb 1814—20 auf 1,2—1,3 Mill. Tl., etwa dem Bestande von 1800, sank aber 1821 wieder weit darunter.

Nach alledem hat sich das Schicklersche Haus, das in den Notjahren etwa 5 Mill. Tl. in Bargeld und durch Verpfändung seines Kredits aufbringen mußte und sich damals als beachtenswerte Stütze des Staates erwiesen hatte, in jener Zeit nicht bereichert, sondern ist eher in seinen Verhältnissen zurückgeworfen worden. Der Fall läßt sich natürlich nicht verallgemeinern, man kann wohl annehmen, daß Benecke die Konjunkturen anders ausgenützt hat als das im allgemeinen zur Vorsicht geneigte Schicklersche Haus und bedeutendere Gewinne eingeheimst hat.

In der Folge, zum Teil schon in der hier behandelten Zeit, hat sich das Haus weitgehend umgestellt, die Warengeschäfte und gewerblichen Eigenbetriebe nach und nach aufgegeben und sich zum fast reinen Bankgeschäft gewandelt¹. Das General-Waren-Conto wurde 1822 abgeschlossen und es wurden nur noch vereinzelte Geschäfte (Wein, Kaffee) betrieben; das Commissions-Waren-Conto wurde bis 1850 mit unerheblichem Gewinn geführt, die seit den 20er Jahren wieder betriebene Reederei bis 1860. Das seit 1719 bestehende Speditionskonto erlosch nach 1855, dagegen wurden anstelle der niedergehenden Zuckerindustrie seit 1855 Speichergeschäfte, auch mit Lombardierungen verbunden, unternommen². Von den nach und nach liquidierten Industrie-Unternehmungen sei nur der Verkauf des bedeutendsten, der Gewehrfabrik, an den Staat, 1851, erwähnt. Während die Eigenbetriebe immer mehr aufgegeben wurden, nahmen die Konsortialbeteiligungen sichtbar zu, und trat das bank- und börsenmäßige Geschäft weitaus an die Spitze. Namentlich seit 1835 wurde die Beteiligung an inländischen Staats- und Kommunal-Anleihen, an ausländischen, besonders russischen Anleihen, an Versicherungs-, Eisenbahn- und anderen Verkehrs-Unternehmungen sehr lebhaft. Gebr. Schickler waren 1848 an 9 Eisenbahn-Unternehmungen beteiligt; in einem Schreiben an Rother von Aug. 1843 heißt es darüber:

¹ *Ebda.*, S. 326 ff

² *Ebda.*, S. 325

Gebr. Schickler scheinen bedeutend ins Zeug zu gehen, sie stellen sich überall an die Spitze mit bedeutenden Zeichnungen. Ausnahmsweise hat sich das sonst so vorsichtige Haus auch auf Anleihen an mehrere ungarische Magnaten eingelassen¹. Die Bankkundschaft, darunter viele Mitglieder der Aristokratie des In- und Auslandes, nahm nach 1840 an Zahl zu. Stark zurückgegangen ist dagegen der Wechselverkehr, denn er betrug 1801—16 jährlich über 3 Mill., 1820 noch über 2 Mill., 1825 dagegen nur 123 000 Tl., um dann allmählich wieder zu steigen, 1850 auf 375 000, 1855 über 1 Mill. Tl. Im übrigen sollen die Umsätze des Hauses nach den Freiheitskriegen den Stand zu Anfang des Jahrhunderts noch beträchtlich übertroffen haben².

Der letzte in Berlin lebende Mitinhaber des Hauses, David Schickler jr., der mit Ernestine Elise v. Vernezobre verheiratet war, schied mit Ende 1820 aus der Firma, nachdem er, als einziger Nichtbeamter, in die neugegründete Hauptverwaltung der Staatsschulden unter Rother berufen worden war, der er übrigens nur kurze Zeit angehörte. Bei der Auseinandersetzung erhielt er für seinen Halbpant eine Entschädigung von 500 000 Tl. Cour., zahlbar von 1. Juli 1821 an mit monatlich 20 000 Tl., im übrigen mit 4 % zu verzinsen³. Das Kapital-Conto sank dadurch 1821 von 1 336 173 auf 854 280 Tl., während es 1808—1811 über 2½ Mill. betragen hatte⁴. Geschäftlich trat schon längst kein Schickler mehr hervor, desgleichen nicht der von 1775—1826 in der Leitung befindliche Neffe des alten Splitgerber, David Friedr. Splitgerber; das Haus ist vielmehr immer nur durch die Disponenten (Joh. Jacob Brüstlein, 1783—1821, dessen Sohn Carl Gustav (1821—1859) und Wilhelm Zwickler 1837—59) vertreten. Sie nahmen in der Berliner Geschäftswelt eine dem Ansehen des Hauses entsprechende Stellung ein, ohne jedoch durch Initiative hervorzutreten. Zu den Ältesten der Kaufmannschaft gehörte keiner von ihnen. Das Haus trat dem Berliner Kassen-Verein erst bei dessen

¹ *Ebda.*, S. 335

² *Ebda.*, S. 302; vgl. dagegen die Bilanzen S. 299 f

³ *Ebda.*, S. 276

⁴ *Ebda.*, S. 299. Der ganze damalige Geschäftsbesitz ist im Separationsrezeß S. 69 f. aufgeführt; natürlich ist das außerdem vorhandene Privatvermögen nicht berücksichtigt.

Umwandlung zur Bank, 1850, bei, und zwar mit dem Höchstanteil von 50 000 Tl., so daß der Geh. Kommerzienrat C. G. Brüstlein dem Aufsichtsrat angehörte. Gebr. Schickler beteiligten sich auch an mehreren Gründungsbanken: der Braunschweiger (1853), Hamburger, der Österreich. Credit-Anstalt und der Berliner Handels-Gesellschaft (1856).

Levy-Delmar

Von den Anfängen der Firma Salomon Moses Levy ist wenig bekannt. Wenn die Angabe zutrifft, die der älteste Sohn des Gründers 1809 bei der Liquidation der Firma machte, nämlich daß sie annähernd 60 Jahre bestehe, so wäre sie etwa 1750 entstanden. In den Akten begegnet S. M. Levy zum erstenmal 1761, und zwar als Gläubiger eines Herz Borchard. Am 29. 9. 1764 erhielt Salomon Moses Levy aus Posen eine Konzession, und am 10. 11. 1774 ein Generalprivileg, alle seine Kinder in allen preußischen Ländern zu etablieren und ein Haus zu kaufen¹. In den 60er Jahren wird Levy öfters in Münz-Angelegenheiten erwähnt, so 1766 bei Umprägungen in Königsberg, 1767 als Agent für die Silberverkäufe Clement's, 1767 und 1768 gelegentlich der Ausprägungen von Albertustalern für den Export, und 1769 bei Silber-Lieferungen für die Berliner Münze². Im März 1767 lief eine Anzeige wegen Betrüge-
reien, die er mit der Berliner Münze begangen haben sollte, beim König ein;³ über deren Unterlagen ist Näheres nicht bekannt, und bei der Art, wie die Sache von Friedrich erledigt wurde, läßt sich nicht vermuten, daß ihr Ernsthaftes zu Grunde lag.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist Salomon Moses Levy gestorben. Seine Witwe, geb. Salomon Helfft, erwarb 1780 für 8000 Tl. das Haus Königstr. 16, über das Levy schon 1774

¹ *Angaben des Prof. W. M. nach den Juden-Akten d. Geh. StA. — Mit dem Sohn des Hannover'schen Hofjuweliers Moses Levy, der 1764/65 ein Schutzprivileg gegen Errichtung einer Seidenstrumpf-Fabrik erhielt — Acta Bor. Seiden-Industrie, I 448 — hat S. M. Levy nichts zu tun.*

² *Acta Bor., Münzwesen IV 221, 145, 194 u. 289. — Ad. Meyer, Prägungen Brandenb.-Preußens f. d. Außenhandel, S. 18*

³ *Preuß. a. a. O., III 530*

einen nicht rechtsgültig gewordenen Kaufvertrag abgeschlossen hatte, und das in der Familie blieb, bis es 1819 für 28 000 Tl. verkauft wurde¹. Die Witwe trat das Haus kurz nach dem Erwerb ihren beiden älteren Söhnen, den Bankiers Moses Salomon Levy und Samuel Salomon Levy ab. Unter diesen beiden, die die Firma in dem neuerworbenen Hause zunächst als Salomon Moses Levy Witwe und Erben fortführten, gewann sie besonderes Ansehen und Bedeutung. In der gleichen Zeit, in der die von den Söhnen der Friderizianischen Münzjuden gegründeten Firmen schnell emporwuchsen und ebenso schnell zusammenbrachen, entwickelte sich hier allmählich ein Haus, das nicht nur unter den jüdischen Firmen der Zeit führend wurde, sondern bei den großen Finanzgeschäften der Franzosenzeit in einer Linie mit den ersten christlichen Häusern gestanden hat.

Auch über die Geschäfte, die die Firma in den ersten Jahrzehnten nach Übernahme durch die Söhne des Gründers betrieben hat, ist im einzelnen wenig bekannt, abgesehen davon, daß sie auch weiter Münzgeschäfte gemacht und zu dem Zweck internationale Beziehungen unterhalten hat². Durch königliche Verordnung vom 27. Dez. 1785, publ. 16. Februar 1786, erhielten die Brüder die Rechte christlicher Kaufleute, nachdem seit 1761 sieben andere jüdische Firmen bzw. Personen entsprechende Konzessionen erlangt hatten. Die Verordnung begründet die Konzession mit dem allgemeinen Ruf und Kredit der Firma, die besonders auch nach den Zeugnissen der Bank, der Seehandlung, der Münze und der Post, ihren „Commerce“ mit solcher Ordnung, Accuratesse und Redlichkeit führe, wie es nur immer von guten christlichen Kaufleuten geschähe³. Anderseits wurden die von der Firma als Gegenleistung angebotenen 100 Dukaten zur Chargenkasse, sowie ihre Verpflichtung, für 500 Tl. Porzellan zu exportieren und 25 000 Mark Silber binnen einem Jahr für den Münzpreis zu liefern, in der Konzession ausdrücklich angenommen.

Das Haus machte große Geschäfte im Posen'schen, von wo der Gründer stammte. So schloß es zusammen mit Igj u. Co.

¹ Lüdicke, *Berliner Häuserbuch*, S. 150 f

² *Acta Bor., Münzwesen IV* 207, 323, 87 ff, 490 f und 494. Ephraim, *Über meine Verhaftung*, S. 170

³ Mylius, *N. C. C. VII* 39

und Nathan Liepmann u. Co. unterm 12. Juni 1793 einen Getreidelieferungskontrakt mit dem Bankier v. Kluge in Posen auf über 500 000 Tl., worauf 300 000 Tl. angezahlt wurden. Die 3 Häuser hatten dazu von der Kgl. Bank einen ungewöhnlichen Vorschuß von 400 000 Tl. Gold und 60 000 Tl. Cour. gegen solidarischen Wechsel erhalten; der Levysche Anteil wurde am 18. Okt. 1805 auf noch 164 654 Tl. festgesetzt, wofür seit 1796 hinlängliche Pfandsicherung gestellt war¹. Die Erledigung hatte sich dadurch verzögert, daß v. Kluge schon bald nach Abschluß fallierte und ein deswegen geführter Prozeß noch nicht beendet war. Weitere Prozesse entstanden dadurch, daß v. Kluge September 1792 der Firma Levy eine Obligation von 100 000 Tl. auf die gräflich Mycielski'sche Herrschaft Szubin gegen Anzahlung von 40 000 Tl., die durch Heymann Ephraim Veitel negotiiert wurden, zederte². Im Juli 1794 wollte die Firma, um ihre in Polen befindlichen Effekten und Güter bei den dortigen Unruhen zu versichern, eine ihr zur Spedition anvertraute Sendung Kolonialwaren, die von Hamburg für den Warschauer Kaufmann Joh. Andreas Meyer gesandt war, solange anhalten, bis sie das ihrige in Händen hätte³. Dies wurde jedoch auf Struensees Rat nicht genehmigt. In demselben Jahre kaufte der jüngere der Brüder, Samuel, ein Haus in der kurz zuvor preußisch gewordenen Stadt Posen.

Besonders vertrauensvoll scheinen zeitweise die Beziehungen zur Seehandlung gewesen zu sein. Mit dieser wurde 1798 für Scheidemünzprägungen ein Vertrag zur Lieferung von 5000 Mark Fein-Silber monatlich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Salomon Moses Levy Wwe. und Erben erhielten dazu, gegen Sicherstellung, einen zinsfreien Vorschuß von 30 000 Tl. in Scheidemünze. Gleichzeitig regulierten sie für die Seehandlung den Kurs der Scheidemünze. Im April 1800 wurde sie gemeinsam mit Gebr. Benecke und dem Schickler'schen Haus vom Berliner Magistrat, der dazu vom König beauftragt worden war, zur Erstattung eines Gutachtens über die Wirkungen des Goldausfuhrverbotes aufgefordert⁴. Sie kamen, allerdings ohne die

¹ *Rep.* 21, 207 b 2

² *Rep.* 9, 28, 14

³ *Rep.* 89, 11 B

⁴ *Acta Bor., Münzwesen IV* 499 ff u. 505

eingehende Begründung, die die christlichen Firmen gaben, zu dem gleichen ablehnenden Ergebnis wie diese, ein Ergebnis, dem der Minister v. Hardenberg entgegen dem Votum der Kgl. Bank beitrug.

In die breitere Öffentlichkeit ist die Firma erst durch die Ereignisse der Franzosenzeit getreten. Kurz vorher, im Oktober 1806, war der jüngere der Brüder, Samuel Salomon Levy, kinderlos gestorben. Er war seit 1783 mit Sara Itzig (1763 bis 1854), einer Tochter Daniel Itzig's, verheiratet und hat mit ihr seit 1795 in dem Hause Hinter dem neuen Packhof 3 gewohnt. Er und seine Frau waren Mitglieder der von Feßler gegründeten heiteren Mittwochsgesellschaft¹. Die erste Vorlesung, die Fichte 1800 in Berlin über seine Wissenschaftslehre hielt, war ein Privatissimum für Levy², den Fichte's Sohn und Biograph einen „damals sehr geachteten und gebildeten jüdischen Bankier“ nennt. In seinem am 4. September 1806, also kurz vor seinem Tode, aufgesetzten Testament³ bezeichnete Levy als seine Hauptaktiva das Haus Hinter dem Packhof sowie eine Summe von mindestens 100 000 Tl., die er auf Grund eines mit seinem älteren Bruder und Partner abgeschlossenen Vertrages als Abfindung seines Gesellschaftskapitals aus der Firma zu erhalten hatte. Davon bestimmte er 40 000 Tl. zu Legaten an seine 4 jüngeren Geschwister und deren Kinder, während der Rest seiner Frau zufiel. Diese hat ihren Mann um beinahe 50 Jahre überlebt. Die zahlreichen Erwähnungen, die sie als Madame Levy oder auch als Tante Levy — sie war die Tante der über vierzig Daniel Itzig'schen Enkel — in der lokalgeschichtlichen Literatur findet, erinnern daran, daß sie mit ihrer großzügigen Gastlichkeit, als Freundin von Gelehrten und Künstlern und als Oberhaupt einer weitverzweigten Familie, in der Geschichte der Berliner Geselligkeit eine besondere Rolle gespielt hat. Am besten ist dies wohl von Erman⁴ geschildert worden. Ihr Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser

¹ Cosmann u. Heinsius, *Denkwürdigkeiten der Mark Brandenburg*, I 1110

² *Mitteilungen aus dem Literaturarchiv N.F.I.*, 1909, S. 17

³ *Prov.-Archiv Brandenburg, Rep.*, 4 a (Kammergericht) L III 50

⁴ *A. a. O.* S. 95 ff. — Ferner Fd. Eberty, *Jugenderinnerungen eines alten Berliners*, Aug. 1925, S. 251—255: *Madame Löwy*; *Mitteil. d. Uer. f. d. Gesch. Berlins*, 1908, S. 261 ff u. 1925, S. 36 f

Allee in Berlin — sie war eine der wenigen ihres Familienkreises, die bei ihrem väterlichen Glauben blieben — trägt die Worte: Eines edlen Vaters edle Tochter.

Moses Salomon Levy, der mit einer Tochter des Casseler Hofbanquiers Ruben Hesse Goldschmidt verheiratet war, hat die Firma nach dem Tode seines Bruders nur noch vier Jahre fortgeführt; in dieser Zeit hat sie, z. T. unter dem Einfluß der Zeitverhältnisse, eine ganz besondere Aktivität entwickelt. Als treibende Kraft innerhalb des Levy'schen Hauses läßt sich der älteste Sohn Moses Levy's, Ferdinand Moritz Levy, der spätere Freiherr v. Delmar (1782—1858), erkennen. Noch Mitte Oktober gehörte dieser zu den Optimisten. Delbrück¹ erwähnt, daß Levy am 15. Oktober mit falschen Siegesnachrichten zu ihm gekommen sei. Nach der Besetzung Berlin's durch die Franzosen hat es Ferdinand Levy verstanden, in geschickter Weise engste Fühlung nach beiden Seiten hin zu unterhalten. Einerseits gehörte seine Firma zu den vier Häusern, die bei der Finanzierung des Staates, der Stadt und der Stände führend gewesen sind, anderseits trat sie in enge Geschäftsverbindung mit der französischen Administration, von deren leitenden Beamten der Kriegszahlmeister Laboullerie während seiner ganzen Anwesenheit in Berlin im Levy'schen Hause einquartiert war². Der Oberpräsident der Marken, Geheimer Oberfinanzrat Sack, vergleicht in einem späteren Bericht die Levy'sche Firma mit den beiden andern Bankhäusern, die in den Jahren der französischen Besetzung mit Levy zusammen im Vordergrund der Geschäfte standen, mit Gebr. Schickler und mit Gebr. Benecke. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß Gebr. Schickler sich in den meisten Fällen uneigennütziger und patriotischer als die beiden andern Häuser erwiesen hätten. Was die einzelnen Persönlichkeiten anlangt, so habe sich der Geschäftsführer des Schickler'schen Hauses, Brüstlein, durch Billigkeit ausgezeichnet, und nach ihm der alte Salomon Moses Levy, nicht aber dessen Sohn und Herr Benecke.

Eine Darstellung der Geschäfte der Firma Levy in den

¹ *Aus der Jugend Friedr. Wilh. IV u. Wilhelm's I, Tagebuchblätter II, S. 4*

² *Granier, Die Nobilitierung des Berliner Bankiers Delmar 1810. Hohenzollernjahrbuch 1912, S. 235 ff*

Kriegsjahren ist gleichzeitig eine Darstellung aller wichtigen Geld- und Kreditgeschäfte, die in jener Zeit in Berlin abgewickelt worden sind. Wir werden bei der Schilderung der Geschäfte und andern derzeitigen Firmen und Persönlichkeiten immer wieder auf Transaktionen zu verweisen haben, bei denen Salomon Moses Levy Erben oder ihre Nachfolger Delmar & Co. eine mehr oder weniger führende Rolle gespielt haben.

In der am 19. Oktober für die Verhandlungen mit den Franzosen gewählten Deputation im Börsenhaus¹, machte Moses Sal. Levy alsbald den Vorschlag, man möge bei der Kgl. Bank, deren Geldbestände gerade zum Transport nach dem Osten verpackt würden, auf den Kredit der Kaufmannschaft etliche 100 000 Tl. negotiieren, um für die vor auszusehenden dringenden Anforderungen gerüstet zu sein. Tatsächlich erhielten die Bankiers M. S. Levy und H. F. Fetschow vom Bankdirektor Hundt in formloser Weise ohne Quittung 100 000 Tl. ausgehändigt, die zur Verfügung der Deputation in den Kellern des Börsenhauses niedergelegt wurden. Indessen beschlagnahmte der Magistrat schon am gleichen 19. Oktober alle bei den Bankiers vorrätigen Gelder unter dem einfachen Versprechen der Wiedererstattung. So erzwang er auch, von den französischen Geldforderungen aufs äußerste bedrängt, unter Gewaltandrohung die Auslieferung dieser 100 000 Tl., übernahm dabei aber ausdrücklich alle Verbindlichkeit der Kaufmannschaft gegen die Hauptbank. Als er später trotzdem die Rückzahlung verweigerte, strengte die Bank 1815 gerichtliche Klage gegen die Kaufmannschaft an und nahm, damit 1818 abgewiesen, Regreß gegen die Erben von Salomon Moses Levy und Fetschow. Erst im Mai 1821 wurde die Angelegenheit dadurch erledigt, daß Magistrat und Stadtverordnete Kapital und 5 % Zinsen als Schuld der Stadt an die Bank anerkannten².

Die wesentliche Betätigung der Berliner Bankiers richtete sich in jener Zeit auf Anleihe- und Kreditgeschäfte mit den öffentlichen Stellen, denen aus den Kriegsverhältnissen Geldbedürfnisse der verschiedensten Art, vornehmlich aber zur Zahlung von Kriegs-Kontribution an die Franzosen erwuchsen. An ein-

¹ Ugl. oben S. 9 f

² Rep. 74 N XVII N 3 II. Lenz-Unholtz, Gebr. Schickler, S. 236 f u. Bassewitz, Kurmark Brandenburg 1806/08, III 237

zelen Geschäften solcher Art, die Salomon Moses Levy Erben nach der Okkupation unternahmen, sind zunächst zwei Vorschüsse an die Königliche Porzellan-Manufaktur zu erwähnen, deren Kasse am 26. Oktober von der französischen Administration weggenommen worden war. Als Lohngeld für ihre 411 Arbeiter gab Levy ihr zunächst 4000, sodann weitere 6000 Tl.¹ Ähnlich legte er der Schloßapotheke 2000 Tl. zu 5 % gegen 2900 Tl. Seehandlungsobligationen vor².

Während es sich hier im unbedeutende Gefälligkeitsgeschäfte gegen einwandfreie Sicherheit und normale Zinsen handelte, entwickelten sich gleichzeitig wichtigere Verhandlungen mit Stellen, deren Bedürfnisse die Aufbringung ganz anderer Summen notwendig machten und ganz andere Risiken bedangen, nämlich mit der Stadt Berlin, den märkischen Ständen und dem preußischen Staate selbst. Zunächst ergab sich eine Verbindung der Firma Levy mit der Stadt Berlin infolge der Kontributionsverhandlungen, die die Besatzungsbehörden mit der Stadt führten.

Als im August 1807 von der endgültig mit 1 200 000 Tl. festgesetzten Kontribution Berlin's noch 700 000 Tl. nicht aufgebracht waren, und sechs führende Häuser, unter dem Druck Daru's und gegen Rückendeckung durch 92 andere Handelsfirmen, über diesen Betrag Wechsel auf Paris ziehen mußten, gehörten Salomon Moses Levy Erben zu den sechsen³. Die Wechsel waren in Raten vom 1. September 1807 bis zum 15. März 1808 fällig. Da 5 % Provision für die Bankiers und 3 % für Spesen gerechnet wurden — bei einem Geschäft, das im Durchschnitt nicht länger als 4 Monate laufen sollte — so ergab sich für die Stadt eine sehr erhebliche zinsmäßige Belastung. Die zur Deckung der Wechselverfälle ausgeschriebenen Steuern brachten nicht rechtzeitig genügend Mittel ein, so daß im Februar 1808 Schickler, Benecke, Wulff und Levy zur Ab-

¹ Kolbe, *Gesch. der Kgl. Porzellan-Manufaktur*, S. 214

² v. Bassewitz, *a. a. O.* 705 f. Ugl. auch oben, S. 12

³ *Rep.* 151 a III 3 Nr. 25 u. 29; *Rep.* 9 C 6 b 2 Fasz. 23; Lenz-Unholz, *a. a. O.* 238. Die andern Häuser waren Gebr. Schickler, Gebr. Benecke, Liepmann Meyer Wulff, Hotho u. Welper u. Ficker u. Reinhardt, welche beiden letzteren an die Stelle von Ruben Sam. Gumpert u. Hirsch Nathan Bendix Söhne traten.

deckung ihrer Ziehungen auf Paris auf ihren Namen in Hamburg eine Anleihe von 1 200 000 Mark Banco aufnehmen mußten. Diese war durch Obligationen der Stadt Berlin sowie durch wechselmäßige Rückbürgschaft von 48 Berliner Kaufleuten à 10 000 Tl. gesichert. Sie war nach etwa einem Jahre zur Rückzahlung fällig, brachte den Bankiers indessen nur 5% Jahreszinsen zuzüglich der Spesen. Auch diese Anleihe konnte bei Fälligkeit nicht zurückgezahlt, vielmehr mußten die Bürgen in Anspruch genommen werden. Diese ließen es fast durchweg auf komplizierte Wechselprozesse ankommen. Die Schuld der Stadt ist schließlich wie andere städtische und ständische Schulden vom Staat übernommen worden, war indessen erst 1812 endgültig erledigt. August 1810 machte Delmar gegen den Magistrat Berlin noch eine Forderung von 75 000 Tl. geltend und schrieb dazu, er habe für sein hilfreiches Verhalten, besonders von der Stadt Berlin, nur Undank und Verdrießlichkeiten geerntet und keinerlei Nutzen gehabt¹.

Auch die Comités der kurmärkischen und der neumärkischen Stände nahmen Kreditverhandlungen mit dem aus den drei Bankfirmen Gebr. Schickler, Gebr. Benecke und Salomon Moses Levy Erben bestehenden Konsortium auf, um ihre Kriegskontributionen an Frankreich abführen zu können. Im Februar 1807 verhandelte das kurmärkische Comité mit Benecke, Schickler und Levy auf Grund eines von holländischen Bankiers gemachten Angebotes, nach dem diese 1 Million Tl. Ziehungen der drei Berliner Firmen unter deren Obligo und gegen annehmbares Unterpfand acceptieren und diesen Kredit auf 18 Monate zu etwa 14% Jahreszinsen einschließlich Provision gewähren wollten². Das Geschäft kam nicht zustande, weil man sich über die Sicherheiten nicht verständigen konnte und der Geh. Seehandlungsrat l'Abbaye fürchtete, daß der effektive Zinsfuß sich auf wenigstens 20% stellen würde.

In der zweiten Hälfte 1807 tätigte das Konsortium der drei Bankhäuser mit den kurmärkischen Ständen zwei Abschlüsse über 4 Millionen und 2 Millionen Frs., mit den neumärkischen ebenfalls zwei Abschlüsse über 3 Millionen und 3½ Millionen Frs. Bei dem ersten Geschäft mit den kurmärkischen

¹ *Rep.* 151 a III 3,25

² v. Bassewitz, a. a. O. III 32

Ständen — die andern Geschäfte waren wohl ähnlich aufgezo- gen — erklärten die Bankiers sich solidarisch bereit¹, gegen Sicherheit in Seehandlungsobligationen, Interimsscheinen über landschaftliche Pfandbriefe und anderweitige Zusagen in neun Monatsraten fällige Wechsel in Holland acceptieren zu lassen. Die Bankiers erhielten für ihr Risiko beim Ausstellen der Wechsel 3% Provision, wozu noch $\frac{1}{2}\%$ für die holländischen Accepthäuser und ein weiteres $\frac{1}{2}\%$ für Rimessen-Spesen kamen. Damit hätten sich für die Stände die Kosten der Kredite angesichts ihrer Durchschnittslaufzeit von 4—5 Monaten unter Annahme eines Diskontsatzes von 5 bis 6% auf 15 bis 18% per Jahr belaufen. Die kurmärkischen Stände indessen ebenso wie die neumärkischen gerieten mit den Zahlungen in Verzug und ließen die Gläubiger, die ihre Ziehungen auf Holland nunmehr selbst abdecken mußten, wie Delmar später sagte, „in den bedeutendsten und drückendsten Vorschüssen“. Die Bankiers mußten in Hamburg bei jüdischen Geschäftsfreunden Rettung suchen. Gegen die Zusage der Schuldner, die im dreifachen Nominalbetrage zu Unterpfändern gegebenen ständischen Obligationen bei Nichtdeckung zu den neuen Verfalltagen im Sommer 1810 ohne vorherige gerichtliche Klage durch vereidigte Makler an der Börse verkaufen zu dürfen, verzichteten sie auf die ihnen zustehende Provision von 3%, wodurch das Geschäft zunächst auf eine normale Zinsbasis gebracht wurde. Bei Verfall im Sommer 1810 mußte die selbst notleidende Kgl. Bank den kurmärkischen Ständen mit 262 000 Tl., den neumärkischen mit 92 000 Tl. beispringen, um die in Hamburg deponierten Pfandpapiere zu retten. Trotzdem rechneten die drei Bankiers für rückständige Kapital- und Zinszahlungen zunächst 21%, die von der Kurmark auf 6%, von der Neumark nur auf 18% ermäßigt werden konnten. Die Kapitalzahlungen konnten teilweise nur durch Verkauf der landschaftlichen Pfandbriefe zu 64% bewirkt werden. Da die Pfandbriefe dann weiter auf 40% fielen, berechnete sich Delmar im August 1811 einen Schaden von 50 000 Tl. Im Herbst 1811 übernahm der Staat die Zahlung der letzten Reste an Kapital, Zinsen und Provision, wobei Delmar im Gegensatz zu Benecke seine im Hinblick auf den Kursrück-

¹ *Rep. 151 a III 3,25; v. Bassewitz, a. a. O. III, S. 66 f*

gang gestellte Schadenersatz-Forderung fallen ließ. Er mußte den neumärkischen Ständen schließlich noch einen Nachlaß von 4000 Tl. zugestehen¹.

Am umfangreichsten gestaltete sich für S. M. Levy Erben die Verbindung mit dem Staate selbst. Im Oktober 1807 kam zwischen der Preußischen Regierung und dem wiederholt erwähnten Konsortium der drei Bankfirmen ein erstes Salz-Anleihegeschäft zustande². Nachdem der Hauptteil der staatlichen Salinen in Händen der Franzosen war, mußte zur Aufrechterhaltung der Monopol-Verwaltung das Salz den französischen Behörden abgekauft werden. Zu diesem Zwecke legten die Bankiers dem Staat den Kaufpreis vor und ließen das Salz dann durch das Kgl. Salzdepartement verkaufen. Während dieser Verkauf ursprünglich für Rechnung und Gefahr der Bankiers erfolgen sollte, wurde das Geschäft schließlich auf Basis einer den Bankiers zu zahlenden Provision von 3% vom Ankaufspreis und Erstattung ihrer Unkosten abgeschlossen.

Noch während dies Geschäft schwebte, wurde Ende August 1808 ein weiteres Salz-Anleihe-Geschäft abgeschlossen, unter dem die drei Firmen 200 000 Tl. bar und 300 000 Tl. in Wechseln hergaben, die aus den Einkünften des Salzverkaufes vom Oktober 1808 bis zum Januar 1809 zurückgezahlt werden sollten. Ob neben 6% Zinsen die verlangten 8% Provision, die die Kosten des Kredites auf ungefähr 20% per Jahr gebracht hätten, voll bewilligt wurden, ist nicht ersichtlich. Die Rückzahlung fand im übrigen, trotz der dringenden Vorstellungen der Gläubiger, die ihre Fonds nicht länger entbehren zu können angaben, erst am 28. Januar 1810 statt, wodurch sich der zinsmäßige Ertrag für die Bankiers wie die prozentuale Belastung für den Staat erheblich ermäßigte.

Ein weiteres Salz-Anleihegeschäft kam im Mai 1812 mit dem gleichen Konsortium, dem noch drei Königsberger Häuser angeschlossen waren, zustande³. Das Haus Delmar & Co. als Nachfolgefirma von S. M. Levy Erben wollte dabei seine Beteiligung

¹ Hier sei an die Darlehnsgeschäfte erinnert, die Liepmann Meyer Wulff in den gleichen Jahren — allerdings auf ganz anderer Basis — mit den märkischen Ständen durchführte. Ugl. Bd. II, S. 421 ff

² Lenz-Unholtz, a. a. O. S. 256 ff und Rep. 151 a III 3, Nr. 19

³ Rep. 74 N XV 16 und XXXV 38; Rep. 151 e II 16